

Zum Organisator werden!

Warum es auf die Gewerkschaften ankommt

Zehn Thesen für einen klaren Anti-AfD-Kurs der Gewerkschaften

Bundessprecherinnen und Bundessprecher
AG Betrieb & Gewerkschaft
Oktober 2018

Die AfD profitiert von verloren gegangenem Vertrauen vor dem Hintergrund eines neoliberalen Umbaus

1. In den letzten 25 Jahren erlebte die Bundesrepublik auf allen Ebenen einen neoliberalen Umbau. Während einerseits Geschlecht, sexuelle Orientierung oder Herkunft beim sozialen Aufstieg zu Recht keine Hindernisse mehr sein sollten, fand andererseits eine massive Entsicherung schutzversprechender sozialer Rechte statt. Für viele Menschen waren diese als fortschrittlich beschriebene Umbauprozesse mit Verschlechterungen Ihrer Arbeitsverhältnisse verbunden, die ihnen keinen angemessenen Lebensstandard mehr sichern konnten. Der Verlust sozialer Sicherheit wurde seit Beginn der 90er im Osten und Westen – zeitlich versetzt und in unterschiedlicher Weise – erfahrbar.
2. Diese Entwicklung der realen sozialen Spaltung schuf den Nährboden dafür, dass Menschen gleicher sozialer Herkunft gegeneinander ausgespielt werden können. Die beschriebenen Entwicklungen und der sie begleitende Diskurs der Ausgrenzung rief in vielen Menschen das Gefühl hervor, dass Ausgaben für andere auf ihre Kosten gehen würden. Stellvertretend seien erwähnt: Die Ausgrenzung von Arbeitslosen und „teuren“ Rentnern; die angeblichen Finanzhilfen für Griechenland, die in Wirklichkeit westeuropäische Großbanken gerettet haben oder die Ausgaben für die Aufnahme von Flüchtlingen.
3. Der Aufstieg der AfD hat viel mit der Krise der SPD zu tun. Die AfD-Rhetorik verfängt, weil eine rot-grüne Bundesregierung die Menschen einem entsicherten Arbeitsmarkt ausgeliefert und viele Schutzrechte in Sachen Arbeitsmarkt abgeschafft hat. Sie hat das Vertrauen von Millionen enttäuscht, die bei der Bundestagswahl 1998 auf einen Politikwechsel hofften. Die Hinwendung von Teilen der Beschäftigten zur AfD heute ist Ergebnis des verloren gegangenen Vertrauens in die Institutionen der Arbeiterbewegung.
4. Auch die Gewerkschaften standen jahrzehntelang für politische Orientierung, zumindest im Westen. Eine hohe Tarifbindung, hohe Organisationsgrade und ein großer

Einfluss der Betriebsräte in den Betrieben prägten die Bundesrepublik Deutschland. Unter diesen Bedingungen beförderten gemeinsame Arbeitskämpfe seit den 1960er Jahren die Integration vieler Arbeitsmigrant*innen in die Gewerkschaftsbewegung und die Gesellschaft. Allerdings führten seit den 1980er Jahren Veränderungen von Produktionstechnik und Produktionsstrukturen, sinkende Reallöhne, zurückgehende Tarifbindung und nicht zuletzt die Veränderungen der sozialen Basis der Gewerkschaften zu neuen Problemen. Mit der Agenda 2010 und den Einsparungen in der sozialen Daseinsvorsorge kamen Spaltungen zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, zwischen Leiharbeiter*innen und Stammbeschafteten, zwischen Befristeten und Unbefristeten hinzu. Mehr und mehr wurden aus Kolleg*innen Konkurrent*innen. Die AfD ist auch erfolgreich, weil relevante Teile der Gewerkschaften an der überlebten Sozialpartnerschaft festhalten, anstatt auf eine offensive Wahrnehmung des politischen Mandats zu setzen und durch gemeinsame Aktionen und Kämpfe die Spaltungen zu überwinden.

Die AfD und die soziale Frage

5. Die AfD ist die gefährlichste aller Parteien am rechten Rand seit Bestehen der Bundesrepublik, weil sie es schafft, die auseinanderstrebenden Teile der extremen Rechten zu bündeln. Damit wird sie zum Kristallisationspunkt einer neuen rechten Bewegung. Der Aufstieg zur stärksten Oppositionskraft im Bundestag, die Duldung eines offen agierenden faschistischen Flügels und die nahezu flächendeckende Verankerung in Kommunal- und Landesparlamenten stellen eine politische Zäsur dar.
6. Teile der AfD bemühen sich zunehmend um ein sozialeres Profil der Partei. So ist die AfD mittlerweile für einen Mindestlohn, ohne allerdings die Höhe genau zu benennen. Sie kritisiert Leiharbeitsfirmen, spricht sich aber gegen in ihren Augen lästige arbeitsrechtliche Standards aus. Unterschiedliche und sich zum Teil widersprechende Rentenkonzepte der einzelnen Parteiflügel unterstreichen die Widersprüchlichkeit der Partei in der sozialen Frage. Punkten kann die AfD bei Lohnabhängigen trotzdem. Etwa ein Viertel aller AfD-Wähler*innen sind Erwerbslose oder Beschäftigte. Das gibt jenen in der Partei Auftrieb, die betonen, dass sich die AfD verstärkt der Probleme der „kleinen Leute“ annehmen sollte.
7. Dieses Argumentationsmuster verbindet die AfD mit einer Erzählung der Stärkung der „kleinen Leute“ gegen korrupte politische Eliten. Es wird argumentiert, dass die AfD den sozialen Auftrag annehmen müsse, den Gewerkschaften und Linke als Teil einer „korrupten“ politischen Klasse verraten hätten. In ihrer Argumentation werden Gewerkschafter*innen zu Arbeitverrättern, gekauften Funktionären und Gesinnungspolizisten. Die existierenden Gewerkschaften seien darum nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Diese Argumentation hat nicht eine Revitalisierung kämpferischer Gewerkschaften zum Ziel, sondern spaltet Belegschaften und ihre Organisationen. Sie bedroht die Zukunft tarifpolitischer und sozialer Kämpfe. Die Antwort der Gewerkschaften kann nur eine eigene Mobilisierungsstrategie im Kampf um soziale Gerechtigkeit und echte Verbesserungen sein.
8. Neben dem Antifeminismus sind der antimuslimische Rassismus und die Abwehr von Geflüchteten der einigende Kitt zwischen den unterschiedlichen Flügeln der AfD. Vorhandene rassistische Denkmuster in der Bevölkerung werden dadurch aktiviert und radikalisiert. Migrant*innen und Geflüchtete werden zu Sündenböcken für den

erlebten oder befürchteten sozialen Abstieg gemacht. Durch die geschickte Themen-
setzung von Islam, Flucht und innere Sicherheit treibt die AfD die anderen Parteien
vor sich her und verschiebt die Grenze des Sag- und Machbaren nach rechts.
Dadurch gelingt es ihr, die politischen und medialen Debatten zeitweilig zu dominie-
ren. Die Normalisierung rassistischer und antimuslimischer Positionen, die Verschär-
fung des Asylrechts, die Debatte über „sichere“ Herkunftsländer, die Diskussionen
über Obergrenzen und nicht zuletzt die repressiven Verschärfungen für Geflüchtete
im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung zeigen deutlich die Verschärfung
des gesellschaftlichen Diskurses. Hier ergibt sich auch für die Gewerkschaften
Handlungsbedarf.

Die Verantwortung der Gewerkschaften – Unsere Alternative heißt So- lidarität

9. Gewerkschaften haben eine politische und historische Verantwortung, sich jetzt einzu-
mischen und die politischen Zusammenhänge herauszustellen und gegen Spaltung und
Zukunftsängste das Leitmotiv der Solidarität zu setzen. Statt Leistungen und Rechte
für Geflüchtete einzuschränken, müssen Fluchtursachen bekämpft werden, das heißt:
Waffenexporte stoppen, Entwicklungshilfe erhöhen und für eine gerechte Handelspoli-
tik sorgen. Bei den Themen Altersarmut, Rente, Mindestlohn und Umverteilung hat sich
gezeigt, dass gewerkschaftliche Kampagnen Einfluss auf politische Diskussionen,
Wahlkämpfe und Koalitionsverhandlungen haben können. Doch die wenigen sozialen
Verbesserungen im Koalitionsvertrag sind durch repressive Regelungen im Bereich
Flucht und Migration erkaufte worden. Deutschland erlebt keine Flüchtlingskrise, son-
dern einen massiven und nachhaltigen Abbau des Sozialstaates und eine hemmungs-
lose Umverteilung von unten nach oben. Soziale Gerechtigkeit kann nur durch eine
sozialpolitische Offensive wieder hergestellt werden. Dabei sind die Gewerkschaften
im Bündnis mit den Sozialverbänden und sozialen Bewegungen zentrale Akteure. Es
geht um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen. Die
Auseinandersetzung darum offensiv zu führen, erzeugt eine gesellschaftliche Stim-
mung, in der es schwerer wird, hier Lebende gegen Geflüchtete auszuspielen. Ziel muss
es sein, Ohnmachtsgefühle zu überwinden und den Fokus statt auf die nationale wieder
auf die soziale Frage zu richten.
10. Der Kampf gegen rechts muss geführt werden. Gegen die neoliberale Umverteilungs-
politik und den aktivierten und radikalisierten Rassismus braucht es eine fortschrittli-
che Bündnispolitik. Die Gewerkschaften können dabei verstärkt eine offensive, ver-
knüpfende und organisierende Rolle einnehmen. Konkret bedeutet das zum einen, die
Auseinandersetzung um die soziale Frage nicht nur rhetorisch zu führen, sondern sie
als Gewerkschaftsbewegung für die Menschen in den Betrieben, Verwaltungen und auf
der Straße wieder erfahrbar zu machen. Hier gab es gute Entwicklungen in den letzten
Jahren, die ausgebaut und zugespitzt werden müssen. Zum anderen muss den Kolle-
ginnen und Kollegen, die in den Betrieben und in der Gesellschaft Erfahrungen mit Dis-
kriminierung machen, der Rücken durch gewerkschaftlichen Zusammenhalt gestärkt
werden. Bildungsangebote, Argumentationstrainings und Informationsmaterial für Be-
triebe sollten diesen Prozess begleiten. Diskriminierung darf nicht unter den Tisch ge-
kehrt, sondern muss öffentlich gemacht werden. Der Kampf gegen rechts kann gelin-
gen und die AfD kann gestoppt werden.